

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen des Gemeinderats der Stadt Bern heisse ich Sie herzlich im Berner Kursaal willkommen und wünsche Ihnen ein interessantes und erkenntnisreiches e.forum 2009.

„*Energiebedarf vs. Klimaschutz. Zielkonflikt oder Herausforderung?*“ dies ist das spannende Thema des diesjährigen e.forum. Wie kann diese Frage verstanden werden? Was ist überhaupt ein Zielkonflikt? Lassen Sie mich zuerst einige Überlegungen zu diesen Ausgangsfragen machen. Unter einem Zielkonflikt verstehe ich eine Handlungssituation, in welcher die Gesellschaft mit ihrem Handeln mehrere Ziele zugleich anstrebt, diese jedoch infolge Ressourcenknappheit oder Zielwidersprüchlichkeit nicht alle zugleich verwirklichen kann.

Zwei Ziele stehen bezogen auf das Thema des Forums im Raum: Auf der einen Seite soll das heutige Wohlstandsniveau in den Industrieländern auch in Zukunft erhalten bleiben, was unseren gegenwärtigen und zukünftigen Energiebedarf bestimmt und wirtschaftliches Wachstum bedingt, auf der anderen Seite muss es das Ziel sein, diesen Energiebedarf möglichst aus erneuerbaren Quellen zu decken und Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz anzuwenden, um damit unser Klima bestmöglich zu schützen.

Sind diese beiden Ziele kongruent oder widersprüchlich? Auf den ersten Blick bejahe ich den Zielkonflikt. Erstens impliziert Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum einen grossen, sogar noch wachsenden Ressourcenverbrauch und damit eine hohe Nachfrage nach Energie, zweitens sind die Mittel für einen wirksamen Klimaschutz wegen mangelnder finanzieller Ressourcen, nicht zuletzt auch der öffentlichen Hand, beschränkt. Diese Sichtweise – hier unser hoher Energiebedarf, da die klimapolitischen Ziele – ist jedoch zu kurzfristig. Es mag kurzfristig stimmen, dass eine Senkung des Energiebedarfs nur über hohe Investitionen möglich ist. Investitionen, vor welchen die Wirtschaft, aber auch die öffentliche Hand, bisweilen zurückschreckt.

Bereits unter Einnahme einer mittelfristigen Perspektive löst sich der kurzfristige Zielkonflikt aber auf. In Zeiten steigender Energiepreise steht die Frage nach der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit unseres Energiebedarfs weit oben auf der energiepolitischen Tagesordnung. Die Energiepreise steigen nicht in erster Linie, weil

das Weltklima grossen Veränderungen unterworfen ist, weil die globalen Temperaturen ansteigen oder weil sich extreme Naturereignisse häufen, sondern weil die Nachfrage nach fossilen Energieträgern besonders in den Schwellenländern zu und das Angebot in der Tendenz abnimmt. In diesem Kontext wäre es aus ökonomischen Überlegungen töricht, nicht über eine Stabilisierung oder gar eine Senkung des Energiebedarfs nachzudenken. Die Frage ist nicht, was uns ein Mehr an Energieeffizienz kostet, sondern was es uns kostet, nichts zu tun.

Sie sehen: Aus der Zielkonkurrenz wird eigentlich eine Zielkongruenz. Je knapper und damit je teurer fossile Energieträger werden, desto stärker werden wir zum Handeln, zur Suche nach Substitutionsmöglichkeiten gezwungen – womit sich das Klimaziel von selbst erfüllt. Jüngste Forschungen, zum Beispiel das „Japan Low Carbon Society Project“ der Universität Tokio, belegen, dass das vorhandene technologische Potential zur Reduktion der CO₂ Emissionen im Vergleich zu 1990 bis ins Jahr 2050 um 70 Prozent beträgt. Dies durch die Implementierung von effizienten Technologien und ohne die sozio-ökonomischen Bedürfnisse der Bevölkerung zu vernachlässigen. Dem öffentlichen Sektor fällt bei dieser energietechnischen Revolution eine wichtige Rolle zu. Zum einen verbraucht die öffentliche Hand mit ihren Verwaltungen und Anstalten zur Erfüllung ihrer Aufgaben Energie. Zum andern verfügt die öffentliche Hand mit ihrem Beschaffungsvolumen in Teilbereichen über eine relevante Marktmacht, mit welcher die Nachfrage nach energieeffizienten und damit umweltfreundlichen Produkten gesteigert werden kann.

Bezogen auf die Frage des heutigen Abends würde ich nicht von einem Zielkonflikt, aber von einer grossen Herausforderung sprechen, nämlich von der Herausforderung, aus mehreren denkbaren Handlungsoptionen auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz richtig auszuwählen. In der technischen Entwicklung sehe ich im Energiebereich ein grosses Potential, aus politischer Sicht aber auch eine grosse Schwierigkeit, weil die technische Entwicklung nicht voraussehbar ist und damit die Gefahr besteht, strategisch auf das falsche Pferd zu setzen. Ich sehe es daher als eine zentrale Aufgabe politischer Entscheidungsträger, in der Energiepolitik Rahmenbedingungen zu schaffen, die mehrere Entwicklungen zulassen. Die Wissenschaft muss der Politik mögliche Lösungswege aufzeigen. Es wäre aber vermessen, davon auszugehen, dass es im Einflussbereich der Politik liegt, Transformationspfade zu diktieren.

Die Stadt Bern hat mit ihrer Energiestrategie derartige politische Leitplanken vorgegeben. Die Strategie dient als langfristiger Vorgehensplan zur Entwicklung und Sicherung

des Energiebedarfs der Stadt Bern. Durch den Ausbau bestehender und den Aufbau neuer Potenziale zur Energiegewinnung und Energieeffizienz soll die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Stadt gesichert werden. Im Grundsatz strebt die Stadt eine nachhaltige Energienutzung und -versorgung an, der Verbrauch von fossilen Energien soll reduziert werden und das Label „Energistadt“ soll behalten werden. Zur strukturierten Massnahmenumsetzung wurden die Handlungsfelder Koordination und Planung, Energieversorgung, Mobilität, stadteigene Liegenschaften und Grundstücke, Private Liegenschaften und Haushalte, Kommunikation/Information und Energie-Massnahmencontrolling definiert. Mittels einer Klimagasbilanz der Stadt Bern erfolgt alle zwei Jahre die quantitative Überprüfung der Zielerreichung. Die letzte Klimagasbilanz aus dem Jahr 2006 zeigt, dass der CO₂ Gesamtausstoss in etwa jenem von 1990 entspricht, aber kein eindeutiger Trend des Gesamtausstosses nach unten festgestellt werden kann.

Es ist unbestritten wichtig, im Rahmen marktwirtschaftlicher Elemente wie handelbarer CO₂-Zertifikate die Wettbewerbsfähigkeit der alternativen Energien gegenüber fossilen Energieträgern zu steigern und damit dem Klimaschutz Rechnung zu tragen. Da jedoch die verschiedenen Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien hinsichtlich der technischen und wirtschaftlichen Ausgereiftheit variieren und insbesondere Photovoltaik nicht kurzfristig grossflächig verfügbar sein wird, sehe ich den grössten kurzfristigen Beitrag zur Senkung unseres Energiebedarfs in Innovationen rund um bestehende Energiesysteme und in Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Bauwesen. So bin ich der Meinung, dass für Neubauten in der ganzen Schweiz der Minergiestandard zwingend sein sollte. Diese Technologie ist vorhanden und rechnet sich.

Gegenüber politischen Maximalforderungen bin ich meistens skeptisch – auch in der Energiepolitik. Obschon ich die Bedenken der Atomkraftgegner und die Forderung, die bestehenden Atommeiler abzuschalten grundsätzliche verstehe, vor allem solange die Endlagerungsproblematik nicht geklärt ist, sehe ich zur Deckung des Grundstrombedarfs gegenwärtig keine Alternative, die nicht ebenfalls auf fossiler Energie basiert. Ebenso halte ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Forderung, 100 % unseres Energiebedarfs aus erneuerbaren Energiequellen zu decken, für unrealistisch. Es gilt, den goldenen Mittelweg zu finden, einen Energiemix, der uns für die Zukunft keine Wege verbaut, aber dennoch zukunftsgerichtet ist. Die Herausforderung unseren Energiebedarf in Einklang mit dem Klimaschutz zu bringen ist gross, aber nicht unlösbar.

Vielleicht erhalten wir heute Abend einige Inputs, in welche Richtung der Weg gehen könnte. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche ein erfolgreiches und nachhaltiges e.forum 2009 mit einem wertvollen Gedankenaustausch zu einem der dominierenden Themen unserer Zeit!